

## Niederschrift

**über die 13. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Mittwoch, 21.02.2018 um 18:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses  
(Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Hans-Werner Schneller SPD

stell. Vorsitz

Frau Marion Buschmann CDU

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Ralf Küppers	CDU
Herr Christopher Monheimius	CDU
Frau Annegret Gronemeyer	Bündnis90/Die Grünen
Frau Sabine Kittel	BÜRGERAKTION

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Kimberly Lynn Bauer	Arbeiterwohlfahrt
Herr Siegfried Wagner verband	Paritätischer Wohlfahrts-
Herr Marco Bischof	KJG St. Konrad
Frau Claudia Schmitz-Moch	Kinderschutzbund
Frau Anna-Margarete Pütz	SKFM e. V.

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Anne Henze Hilden	Jugendamtselternbeirat
Herr Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Herr Ulrich Brakemeier und Sport	Amt für Jugend, Schule
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld
Frau Tina Ritterbecks derschulen	Grund-, Haupt- und För-
Frau Sabine Klein-Mach Schulen	Übrige weiterführende
Frau Brunhilde Seitzer	Ev. Kirchengemeinde
Frau Sylvia Raphael-Wingartz Mettmann	Kreisgesundheitsamt
Herr Halim Aoudia laments	Vertreter des Jugendpar-
Herr Hamza El Halimi	Integrationsrat

Beiräte

Frau Renate Blum Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Frau Andrea Funke Stadt Hilden  
Frau Kalliopi Gialama Stadt Hilden  
Herr Roman Kaltenpoth Stadt Hilden  
Herr Klausgrete, Heiner  
Herr Harald Mittmann  
Herr Stephan Tanneberger Stadt Hilden  
Frau Anja Voß Stadt Hilden  
Frau Stefanie Walder Stadt Hilden  
Frau Sonja Weißer Stadt Hilden  
Herr Michael Witek Stadt Hilden

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Frau Martina Reuter FDP

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Hans-Werner Delcuve Ev. Kinderheim Lieven-  
straße e.V.

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Firma Aleksandra Kohl Agentur für Arbeit  
Frau Nicole Creutz Kreispolizeibehörde  
Mettmann  
Herr Dr. Reiner Nieswandt Kath. Kirchengemeinde  
Frau Angelica Niederquell AfD

Von der Verwaltung

Frau Simone Heese Stadt Hilden  
Herr Dirk Schatte Stadt Hilden  
Herr Friedhelm Topp Stadt Hilden

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2018 ff.  
**WP 14-20 SV 51/179**
- 3 Maßnahmen zur Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht - AWO Kolpingstraße, Wander- und Erlebnisgruppe  
**WP 14-20 SV 51/191**
- 4 Bericht zu den Hilfen zur Erziehung (HzE-Report-Hilden) 2017  
**WP 14-20 SV 51/185**
- 5 Sachstandsbericht Frühe Hilfen hier: KinderZUKUNFT Hilden und Familienhebammen  
**WP 14-20 SV 51/192**
- 6 Sachstand Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA)  
**WP 14-20 SV 51/186**
- 7 Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2018 hier: Unterlagen nach §14 GemHVO  
**WP 14-20 SV 66/103**
- 8 Haushaltsplanberatungen 2018 Änderungsliste  
**WP 14-20 SV 51/193**
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Herr Vorsitzender Schneller eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

## **Eröffnung der Sitzung**

---

Herr Vorsitzender Schneller eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

## **Änderungen zur Tagesordnung**

---

Es ergaben sich keine Änderungen.

## **Einwohnerfragestunde**

---

Herr Vorsitzender Schneller rief zur Einwohnerfragestunde auf. Wortmeldungen hierzu ergaben sich keine.

### **1 Befangenheitserklärungen**

---

Herr Vorsitzender Schneller fragte nach Befangenheitserklärungen.

Herr Siegfried Wagner vom paritätischen Wohlfahrtsverband erklärte sich zum TOP 6 für befangen.

Frau Kimberly Lynn Bauer von der Arbeiterwohlfahrt erklärte sich zum TOP 3 für befangen.

### **2 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2018 ff.**

WP 14-20 SV  
51/179

---

## **Beschlussvorschlag:**

Herr Vorsitzender Schneller bat darum, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss und im Jugendhilfeausschuss die aktuelle Versorgungssituation für Kinder im Alter von 0 Jahre bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis und beschließt die konkrete Planung entsprechend 4.3 der Erläuterungen für das Kindergartenjahr 2018/2019.

Über den nunmehr geänderten Beschlussvorschlag wurde abgestimmt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

3	Maßnahmen zur Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht - AWO Kolpingstraße, Wander- und Erlebnisgruppe	WP 14-20 SV 51/191
---	---	-----------------------

---

Zu diesem TOP hatte sich Frau Bauer zu Beginn der Sitzung für befangen erklärt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Hilden nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung gemäß WP 14 – 20 SV 51/179 für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis.

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss die folgende Maßnahme zur Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Eintritt der Schulpflicht:

1. Die Inbetriebnahme einer integrierten Wander- und Erlebnisgruppe für Kinder über drei Jahre in der AWO KiTA „Kolpingstraße“ (Stadtmitte) zum 01.08.2018.
2. Zur Beschaffung der Ausstattung (Bauwagen und pädagogisches Material) erhält der AWO Kreisverband einen städtischen Zuschuss in Höhe von 54.400 €. Vorrangig sind Bundesmittel aus dem Kinderbetreuungsfinanzierungsprogramm 2017 – 2020 für den Ausbau U6. Es erfolgt die vorzeitige Freigabe der Haushaltsmittel 2018 –soweit notwendig.
3. Die Haushaltsmittel für Betriebskosten in Höhe von 8.800 € für das Jahr 2018 und in Höhe von 21.000 € für das Jahr 2019 ff werden in die Haushaltsmeldung 2018 ff. aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:  
Einstimmig beschlossen

4	Bericht zu den Hilfen zur Erziehung (HzE-Report-Hilden) 2017	WP 14-20 SV 51/185
---	--	-----------------------

---

Herr Bosbach bedankte sich im Namen der SPD für den Bericht. Er teilte seine Sorge über den auf Seite 18 des Berichtes genannten Fachkräftemangel mit und wies darauf hin, dass es in der Arbeit der Fachkräfte letztendlich um die Vermeidung von Kindeswohlgefährdungen ginge. Die verbliebenen Kräfte müssten die aufgelaufenen Fälle der fehlenden Fachkräfte mittragen. Diese Situation sei nicht tragbar. Er teilte seinen Unmut über die Tatsache mit, dass es sich bei den ausgeschriebenen zweieinhalb Stellen jeweils um befristete Stellen handele und führte dies als Grund auf, warum noch keine neuen Fachkräfte gefunden worden seien. Andere Städte böten unbefristete Stellen an und bekämen deshalb die notwendigen Fachkräfte. Er appellierte insbesondere an das zuständige Personalamt, sich des Problems anzunehmen.

Herr Eichner ergriff die Gelegenheit, die vielfältige und herausragende Arbeit des ASD herauszustellen. Er betonte seine Bewusstheit darüber, dass man durch eine Entfristung der Stellen einen großen Schritt weiterkommen würde und kündigte ein entsprechendes Gespräch mit dem Personalamt an.

Herr Brakemeier teilte mit, dass es sich um die erste Sitzungsvorlage nach INSO 2014 handele. Danach war ein deutlicher Rückgang des Kostenaufwandes zu verzeichnen. Es gäbe ein gutes Controlling sowie Steuerung der Fälle.

Problem sei, dass man derzeit lediglich sehr junge Kräfte einstellen könne, bei denen es einer längeren Einarbeitungszeit bedarf. Durch die Befristungen bestehe dann die Gefahr der schnellen Umorientierung der neuen Kräfte, so dass die Einarbeitung letztendlich umsonst sei und somit die günstige wirtschaftliche Entwicklung in Gefahr geriete.

Herr Wannhof regte an, sich das Einarbeitungsmodell der Stadt Wuppertal anzuschauen. Er sei selbst für die Stadt Wuppertal tätig und habe das dort angewandte Modell als sehr fundiert erlebt. Weiterhin wies er auf eine Formulierung unter einer Grafik auf Seite 7 hin, die den Rückgang der stationären Fälle als positiv beschreibt. Er betonte, dass es sich bei der stationären Unterbringung um einen Schutz für Kinder handele, die nicht negativ zu sehen sein dürfe. Zuletzt fragte er zum Thema 35a-Fälle (Fälle beinhalten Kinder und junge Erwachsene bis zum 27. Lebensjahr), wie viele der angegebenen Fälle volljährige Kinder betreffen.

Herr Brakemeier ging zunächst auf die Anregung von Herrn Wannhof ein und betonte, dass er die Heimunterbringung selbst keinesfalls negativ ansehe, sondern dass es sich bei dieser Form der Hilfe um das letzte Mittel des Jugendamtes handele. Einigkeit besteht in der Einschätzung, dass es in bestimmten Fällen auch Maßnahmen der stationären Jugendhilfe geben müsse.

Frau Voß benannte die erfragten Zahlen der 35a-Fälle wie folgt:

2016: 2 Volljährige außerhalb von Einrichtungen  
3 Volljährige innerhalb von Einrichtungen  
2017: 2 Volljährige außerhalb von Einrichtungen  
2,5 Volljährige innerhalb von Einrichtungen

Frau Gronemeyer bedauerte, dass notwendiges Personal nicht bereitgestellt werde. Die Personalakquise spiele hier ebenfalls eine entscheidende Rolle und man müsse die Personalplanungen unterstützen.

Herr Wagner merkte an, dass die Fälle heutzutage problembelastender und deshalb zeitintensiver seien als früher. Dies solle man bei den Personalplanungen ebenfalls im Hinterkopf behalten.

Herr Bosbach erfragte die Zeitschiene der Verwaltung. Wann könne mit einer Neubesetzung der zweieinhalb Stellen zu rechnen sein.

Herr Eichner teilte mit, dass es bereits eine erfreuliche Mitteilung gäbe. Seit Dienstag, den 20.2.2018 sei eine der zweieinhalb Stellen neu besetzt worden. Die verbliebenen eineinhalb Stellen sollen selbstverständlich ebenfalls zeitnah besetzt werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den HzE-Report-Hilden 2018 zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zur Kenntnis genommen.

5	Sachstandsbericht Frühe Hilfen hier: KinderZUKUNFT Hilden und Familienhebammen	WP 14-20 SV 51/192
---	--	-----------------------

Als Gast berichtet Herr Dr. Elek, Oberarzt im St. Josefs Krankenhaus in Hilden, über das Projekt KinderZUKUNFT Hilden und Familienhebammen.

Herr Dr. Elek betreut das Projekt seit 2011. Durch die Geburtsanmeldungen, sowie Beratungsgespräche sei man im St. Josefs Krankenhaus an der Quelle. Das Projekt betreffe meist sehr junge Mütter. Nach der Entbindung betreue die Hebamme Astrid Leckenbusch die Mütter und kön-

ne so Einblick erhalten, wo Risiken bei den einzelnen Müttern sein könnten. Herr Dr. Elek bedauerte, dass das Projekt nur für Hildener Mütter greife. Mütter aus anderen Gemeinden, die im St. Josefs Krankenhaus entbinden, zählen nicht hinzu. Das Projekt laufe im Rahmen des Netzwerkes frühe Hilfen und weise somit Schnittstellen zu allen notwendigen Stellen auf. Durch das Projekt ließen sich frühzeitig Unterstützungsbedürfnisse feststellen. Einer Kooperationsvereinbarung mit der Stadt Hilden sähe Herr Dr. Elek mit Freude entgegen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und dem Haupt- und Finanzausschuss die Fortsetzung der Projektes KinderZukunft Hilden auf der Grundlage der beigefügten Kooperationsvereinbarung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

---

6	Sachstand Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA)	WP 14-20 SV 51/186
---	--	-----------------------

---

Zu diesem TOP hatte sich Herr Wagner für befangen erklärt.

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

---

7	Spielgerätebedarf auf öffentlichen Spielplätzen / Schulhöfen im Stadtgebiet 2018 hier: Unterlagen nach §14 GemHVO	WP 14-20 SV 66/103
---	---	-----------------------

---

Es ergaben sich keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss die Lieferung und Montage fehlender bzw. defekter Spielgeräte auf den Spielplätzen sowie den Schulhöfen und Kindergärten im Stadtgebiet Hilden gemäß der Aufstellung des Tiefbau- und Grünflächenamtes und stimmt den vorgelegten §14GemHVO-Unterlagen und den ermittelten Gesamtkosten in Höhe von 130.000€ (Schulhöfe und Kindergärten) und 196.000€ (Spielplätze) zu. (In den Beträgen sind die aktivierten Eigenleistungen enthalten!)

Über die Aufnahme der Maßnahme in die Finanzplanung wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Herr Vorsitzender Schneller fragte zu Beginn des TOP 8, ob über die Änderungsanträge der Verwaltung im Ergebnishaushalt im Block abgestimmt werden könne. Einer Abstimmung über die Änderungsanträge der Verwaltung im Ergebnishaushalt im Block ergaben sich keine Gegenstimmen.

Antrag Nr. 18: Schaffung von vier Stellenäquivalenten „sonstige Fachkraftstunden“

Herr Vorsitzender Schneller fragte, ob der Antrag zurückgezogen werde, da dieser im Personalausschuss ebenfalls zurückgenommen worden sei. Dem stimmten die Vertreter des Bündnisses 90/Grüne zu.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Antrag Nr. 24: Die über Landesmittel finanzierten Stellen im Bereich Bildung und Teilhabe (2,4 Vollzeitstellen) werden entfristet

Herr Vorsitzender Schneller berichtete, dass über diesen Antrag im Personalausschuss bereits abgestimmt und dieser abgelehnt wurde.

Frau Gronemeyer teilte ihren Unmut über die Ablehnung des Antrages im Personalausschuss mit. Man wolle qualifizierte Kräfte, die ihre Arbeit gut und auch lange verrichten. Es sei wichtig, dass die Stellen entfristet würden und man somit einen Schritt nach vorne gehen könne.

Herr Bosbach stimmte Frau Gronemeyer grundsätzlich zu, gab jedoch zu bedenken, dass es sich hierbei um eine Fremdfinanzierung handele, die bei einer Entfristung der Stellen und einem eventuellen Wegfall der Mittel auf die Stadt Hilden zurückfallen würde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

Dafür: 2

Dagegen: 11

Enthaltungen: keine

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag Nr. 27: Entwicklung eines „Personalpools“ im städtischen Kita-Bereich

Frau Gronemeyer teilte ihren Unmut über die Struktur der Entscheidungsfindungen mit. Im Jugendhilfeausschuss würde über Entscheidungen diskutiert, die anschließend im Personalausschuss abgelehnt würden. Sie betonte, dass der „Personalpool“ benötigt würde, um der angespannten Situation entgegen zu wirken.

Herr Schneller erwähnte, dass der Rat letztendlich Entscheidungen fälle, nicht der Personalausschuss. Für ihn seien die angebrachten Argumente deshalb nicht überzeugend.

Frau Henze meldete sich als Vertreterin der Elternschaft zu Wort und betonte, dass die Situation, wie sie derzeit sei, nicht haltbar sei. Sie befürwortete den Personalpool anhand des Beispiels des Personalpools der Arbeiterwohlfahrt. Hier würde der Pool gut genutzt. Es sei sogar ein Auto durch die AWO zur Verfügung gestellt.



Frau Buschmann betonte, dass keiner an den Mitarbeitern selbst zweifele, jedoch die Verwaltung bereits beauftragt sei, ein Vertretungskonzept zu erstellen. Bis dieses fertig gestellt sei, würde der Antrag abgelehnt.

Frau Kittel hinterfragte den Zeitrahmen der Erstellung des Vertretungskonzeptes der Verwaltung.

Herr Eichner beantwortete dies mit einem Zeitrahmen von etwa 3-4 Monaten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

Dafür: 1

Dagegen: 11

Enthaltungen: 1

Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag Nr. 34: Fortführung des Familienberichtes mit angegliedertem Sozialbericht

Frau Gronemeyer betonte die Nützlichkeit des Familienberichtes als Grundlage für viele Entscheidungen. Sie wies darauf hin, dass der letzte Bericht aus 2010 stamme. Dass die Erstellung mit Kosten verbunden sei, sei ihr bewusst, jedoch müsse man die Daten neu erheben, um auf einer Faktenbasis arbeiten zu können.

Herr Schneller wies darauf hin, dass man hierüber in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung entscheiden würde. Die Aktualisierung selbst sei nicht infrage gestellt, jedoch bräuchte die Verwaltung die entsprechende Vorlage für den Juni-Ausschuss, da noch zu prüfen sei, ob außerplanmäßige Mittel bereitgestellt würden.

Der Antrag ist erledigt durch die Zusage der Verwaltung, den Bericht im Juni 2018 vorzulegen.

Anträge der Verwaltung zum Ergebnishaushalt:

Die Anträge der Verwaltung wurden, wie eingangs des TOP 8 beschlossen, im Block abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Herr Vorsitzender Schneller fragte, ob über die Änderungsanträge der Verwaltung im Bereich Investitionen ebenfalls im Block abgestimmt werden könne.

Einer Abstimmung über die Änderungsanträge der Verwaltung im Bereich Investitionen im Block ergaben sich keine Gegenstimmen.

Anträge der Verwaltung im Bereich Investitionen:

Die Anträge der Verwaltung wurden, wie beschlossen, im Block abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Antrag Nr. 08: I6600000253 und I660000061 – Spielgeräte – Die Ansätze werden gestrichen

Herr Schneller erwähnt, dass man grundsätzlich über die Streichung nachdenken könne, da die Unterlagen gem. §14 GemHVO nicht rechtzeitig eingereicht wurden, jedoch müsse man dies zukünftig früher zu bedenken geben.

Frau Buschmann betont, dass sich die AfD immer für eine familienfreundliche Stadt Hilden ausgesprochen habe und sie deshalb nicht nachvollziehen könne, dass diese nun eine Sperrung der Kinderspielplätze riskieren würde.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

Dafür: keine

Dagegen: 13

Enthaltungen: keine

Der Antrag wurde abgelehnt.

---

## 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

---

### 9.1 Mitteilung über Kündigung von Herrn Roman Kaltenpoth

Herr Brakemeier verkündet das Ausscheiden von Herrn Roman Kaltenpoth aus der Stadt Hilden zum 30.06.2018.

Herr Kaltenpoth berichtet, dass er insgesamt 22 Jahre für die Stadt Hilden tätig war, davon 15 Jahre als Leiter der Jugendförderung. Er widmet sich nun ganz seiner Nebentätigkeit als selbständiger Fotoreferent.

Herr Eichner teilt mit, dass es bereits erste Gespräche zur Neubesetzung der Stelle von Herrn Kaltenpoth gab.

### 9.2 Vorstellung von Herrn Andreas Kante als Teamleiter des Bereiches Kita

Herr Kante stellt sich als neuer Teamleiter und Nachfolger von Frau Funke im Bereich Kita vor.

### 9.3 Beantwortung der Anfrage des Jugendparlamentes aus der letzten Sitzung des JHA vom 22.11.2017

Herr Tanneberger berichtet, dass die Beschlusskontrolle beinhaltet, dass die Beschlüsse von der Verwaltung erstellt worden sein müssen. Da der Antrag einen Beschluss zur Folge hatte, der nicht in unser Aufgabengebiet mit eingenommen wurde, wurde dieser in der Beschlusskontrolle nicht berücksichtigt. Für die Zukunft sicherte die Verwaltung jedoch zu, hier mehr Unterstützungsarbeit zu leisten.

### 9.4. Terminplan für das Kommunalpolitische Praktikum

Herr Aoudia teilte folgende Termine mit:

Mo, 25.6.2018 17-19 Uhr in der Mensa der Marie-Colinet Schule – Speed Dating

Do, 28.06.2018 18-20 Uhr in der Cafeteria des Bürgerhauses – Einführung in die Kommunalpolitik

Sa, 30.06.2018 11-16 Uhr u.a. im Sitzungssaal im Bürgerhaus – Planungsspiel zur Kommunalpolitik

Mo, 2.07.2018, sowie Di, 3.07.2018 Besuch der Fraktionssitzungen

Do, 5.07.2018 Besuch der Ausschusssitzung für Umwelt und Klima

---

## 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

### 10.1 Anfrage der Bürgeraktion zum Thema Little Bird

Frau Kittel fragte an, ob der Verwaltung eine Diskussion im sozialen Netzwerk Facebook bekannt sei, bei der sich rege und vor allem negativ über das Platzvergabesystem der Kindergärten „Little Bird“ ausgetauscht würde.

Herr Brakemeier beantwortete dies damit, dass der Verwaltung die Diskussion auf Facebook nicht bekannt sei, jedoch die Nervosität der Eltern auch in der Verwaltung spürbar ankäme. Es würde häufig telefonisch angefragt und die Sorge bekundet, keinen Kitaplatz zu erhalten. Herr Brakemeier betonte, dass die Vergabe bei Little Bird in 3 Schritten vonstattengehe und die Eltern sich hier bis zum Schluss gedulden müssten, bis das Verfahren abgeschlossen sei. Ansonsten seien die Rückmeldungen zum Programm an sich eher positiv.

Frau Kittel unterbreitete daraufhin den Vorschlag, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung das Programm Little Bird einmal vorstellen solle, damit man wisse, wovon gesprochen würde.

Herr Eichner sagte dies zu. Man werde versuchen, einen Mitarbeiter der zuständigen Firma zu einer kurzen Vorstellung anzufragen.

Er betonte weiterhin noch einmal die vielen positiven Aspekte des Programmes Little Bird.

Ende der Sitzung: 18:49 Uhr

Hans-Werner Schneller / Datum  
Vorsitzender

Sonja Weißer / Datum  
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum  
Bürgermeisterin

Sönke Eichner / Datum  
Beigeordneter